

DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 2/1997

So kam es zum 4. Februar 1919

Die Arbeiter- und Soldatenräte wollten eine friedliche Lösung

In diesem Jahre 1997 werden wir am Sonntag, den 2. Februar, um 11 Uhr der gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik gedenken. Der 2. Februar 1919 war ebenfalls ein Sonntag. An diesem Tag wurden morgens um 3 Uhr die Bemühungen abgeschlossen, den Einmarsch der Gerstenberger in Bremen zu verhindern.

Das Abkommen besagte, die Bremer Räteregierung tritt zurück, und die Arbeiter liefern die Waffen an das IX. Armeekorps, gleichzeitig bleiben die Gerstenberger in ihren Stellungen. Dieses Abkommen war unterzeichnet von :

Lampl (Vorsitzender des Soldatenrats in Hamburg), K. Ertinger, J. Drettmann, Frasunkiewicz (vom Rat der Volksbeauftragten Bremens), Waigand, Schindelbauer und Schelter (als Vertreter der Mehrheitssozialisten/SPD), Graeger (Arbeiterrat Oldenburg), Rusch (Soldatenrat Groß-Hamburg), Libertin und Frese (Soldatenrat Bremen), Pool (Korpssoldatenrat des IX. AK), Behrens (Landtagsabgeordneter Oldenburg), Hauptmann Daner und Leutnant von Pritzelwitz (Division Gerstenberg).

Dieses Telegramm erreichte den Wehrminister Noske, dieser steckte das Telegramm in die Tasche, unterrichtete seine Regierung nicht, gab den Gerstenbergern den Befehl, die Räterepublik niederzuschlagen. Jahre später gestand Noske am 8. November 1928 im Berliner Abendblatt diesen Bruch des Abkommens.

Die Bremer Räterepublik war der erste Versuch in Deutschland, die Revolution weiterzuentwickeln. Nach dem damaligen Kenntnisstand der Wissenschaft in der Arbeiterbewegung wurde das Parlament im Januar 1919 nach der Umkehrung des Liedes: „Es wähle nur der Arbeitsmann", von den Mitgliedern der 3 Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD gewählt.

Dazu wurde einmal in den Betrieben und zum anderen in den Stadtteilen gewählt.

Die Arbeiter waren zwar bewaffnet, aber die Banken nicht beschlagnahmt. So stand die Räteregierung bald vor der Tatsache, daß sie über keine Mittel verfügte.

Wie die Unterschriften unter dem Telegramm an die Reichsregierung beweisen, waren die Arbeiter- und Soldatenräte in Norddeutschland an einer friedlichen Lösung interessiert und auch der Soldatenrat des IX. Armeekorps.

Dieser hatte bereits am 30. Januar bei der Reichsregierung Beschwerde gegen den Einmarsch der Gerstenberger in seinen Befehlsbereich eingelegt. Daß es trotzdem zum Einmarsch der Gerstenberger kam, lag auch daran, daß die Kommandeure Noskes Befehlen gehorchten.

Zum Kampf in Bremen

Daß es in Bremen als einer der wenigen Städte zum Versuch kam, die Revolution weiterzuentwickeln, war kein Zufall. Schon vor dem ersten Weltkrieg galt Bremen als Hochburg der Linksradikalen. Die Mitwirkung fortschrittlicher Lehrer in der Arbeiterbildung zeigte besonders in der Belegschaft der AG Weser Erfolge. Sie demonstrierte 1916 für höheren Lohn und gegen die Verurteilung Karl Liebknechts. Sie wählte bereits am 6. November 1918 einen Arbeiterrat und war die Stütze der Räterepublik. Wenn es trotzdem zu „Ungereimtheiten" kam, war das nur der Ausdruck dafür, daß noch viele Unklarheiten in der sozialistischen Bewegung vorhanden waren. Trotzdem herrschte der Wille vor, die Probleme friedlich zu lösen. Willy

Mit „waffenbereiten" Bürgern überall dabei oder Deutschland muß wieder „normal" werden

Diskussionsveranstaltung mit Ulrich Sander, Journalist, Landessekretär der VVN/Bund der Antifaschisten Nordrhein-Westf.

Mittwoch, 19.2.97, 20 Uhr, Stephani-Gemeindehaus, Faulenstr. 106 (Straßenbahn Linien 2 und 3, Haltestelle Faulenstraße)

Es wird immer öfter von Krieg geredet in diesem unserem Lande. Und das in aller Öffentlichkeit oder zumindest so, daß es von Journalisten öffentlich gemacht werden kann.

Zum Beispiel: General von Scheven 1990 über die Bundeswehr anläßlich der Übernahme der NVA: „Die Leistungsfähigkeit ihrer Soldaten und ihrer Waffen sollen nach unserer Überzeugung nicht hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen."

Zum Beispiel: „Information für die Truppe", Mai 1992: „Der Soldat muß also zukünftig eher darauf gefaßt sein, in einem Krieg eingesetzt zu werden. Hier kann er getötet werden oder muß töten. Hier kann er verletzt werden und muß verletzen."

Zum Beispiel: „Verteidigungspolitische Richtlinien", vorbereitet von der Bundeswehr-Generalität, erlassen vom Minister Rühe November 1992: Aufgabe der Bundeswehr ist danach die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt".

Zum Beispiel: Bundespräsident Roman Herzog vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik März 1996: „Deutsche Interessen anzuerkennen heißt natürlich auch, die Folgen daraus ehrlich zuzugeben, also zum Beispiel, daß dafür materielle Lasten übernommen werden müssen; daß aber auch das Scheckbuch nicht immer ausreicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist."

Damit nicht allzu viele Menschen auf die Idee kommen, gegen diese Politik anzugehen, liegt dem Bundestag das „Gesetz zum Ehrenschutz der Soldaten der Bundeswehr" zur Beratung vor: „Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften Soldaten in Beziehung auf ihren Dienst in einer Weise verunglimpft, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr oder ihrer Soldaten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft."

Wir wollen uns mit dieser Veranstaltung informieren, uns über die politische Entwicklung in diesem Land ein bißchen klarer werden und darüber, was wir tun können.

Filmveranstaltung:

Friedensengel (BRD 1995, 80 Min.)

Der Film zeigt das Leben in der Saarland-Brigade, eine Fallschirmjäger-Einheit der Bundeswehr, die sich auf Out-of-Area-Einsätze vorbereitet: Wer sind die Offiziere, was denken die Mannschaften, mit welchen Liedern bringen sie sich in Stimmung, etc.

Mittwoch, 26.2.97, 20 Uhr, Kulturwerkstatt Westend (Jugendräume), Waller Heerstr. 264 (Straßenbahn Linien 2 und 10, Haltestelle Waller Friedhof)

Warum mußte Homme Hoekstra sterben?

Positiv aufgenommen hat der Gröpelinger Beirat auf seiner Sitzung am 27.11.96 unser Anliegen einer moralischen Wiedergutmachung für Denunziation, Verurteilung und Hinrichtung des niederländischen Zwangsarbeiters Homme Hoekstra. Im Zusammenhang mit der Nutzungsplanung für das Gelände der ehemaligen Tirpitzkaserne wird zu erörtern sein, ob eine Platz-, Straßen- oder Wegebenennung und/oder eine Gedenktafel dies zum Ausdruck bringen soll.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei Aart Pontier von der Vereniging ex-Dwangarbeiders Nederland Tweede Wereldoorlog und bei Joachim Görlitz von der Dokumentationsstelle Brandenburg der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die mit ihrer Unterstützung und reichhaltigem Material ermöglicht haben, das Gedenken an Homme Hoekstra zu erhalten.

Nach langer Irrfahrt blieben im Winter 1944/45 Holzkisten voller amtlicher Dokumente irgendwo in Deutschland in schneebedeckten Waggons stehen. Einheiten der Roten Armee bargen sie in den Kriegswirren und archivierten sie in Moskau. Vor drei Jahren erhielten Peter Romijn, stellvertretender Direktor des niederländischen „Reichsinstituts für Kriegsdokumentation" in Amsterdam (RIOD) und sein Archivar Hans de Vries Einblick in ein großes Archiv in Nord-Moskau, in dem deutsche Akten aus den 30er Jahren und der Kriegszeit aufbewahrt werden. Sie enthalten Material über Kommunisten, Spione, Zwangsarbeiter und WaffenSS-Angehörige aus den Niederlanden.

Bei der Sichtung der Dokumente entdeckten Romijn und de Vries ein Dossier aus acht getippten Briefbögen. Es sind Anklage und Urteil gegen den Friesen Homme Hoekstra aus dem Jahre 1944. Er wird der Wehrkraftzersetzung beschuldigt. Darauf steht die Todesstrafe. Das Dossier enthält nur wenige Einzelheiten über sein Leben.

Kein Blatt vor den Mund genommen

Homme Hoekstra kommt im Juni 1943 nach Bremen, zu einer Zeit, zu der die deutsche Besatzungsmacht in den Niederlanden gerade den Jahrgang 1924 aufruft, in Deutschland zu arbeiten. Er ist 31 Jahre alt. Auf der AG Weser, einem Schlüsselbetrieb deutscher Kriegsproduktion, kommen 3.700 von 19.000 Arbeitern aus dem besetzten Europa. Ihre Produktivität beträgt gerade mal 60%. „Der Fall Homme Hoekstra bestärkte die Nazis in ihrer Angst" vor antideutscher Propaganda, schrieb Anfang 1994 der Haager Journalist Maurice Wilbrink. Der Volksgerichtshof erwartete weitreichende Folgen für die deutsche Wehrwirtschaft, sollte das Verhalten Hoekstras Mode machen. RIOD-Archivar de Vries: „Es scheint so zu sein, daß sie ein Exempel statuieren wollten."

Am 22. Mai 1944 verurteilt der 1. Senat des Volksgerichtshofs in Berlin Homme Hoekstra wegen „Wehrkraftzersetzung" auf der AG Weser zum Tode. Er habe „wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir den Krieg nicht gewinnen könnten und der Führer kapitulieren müsse, auch die deutschen Arbeiter dann für das Ausland arbeiten müssten." Die Anklage wirft ihm auch „Feindbegünstigung" vor, da er die „Einsatzbereitschaft" und das „Vertrauen (seiner deutschen Arbeitskameraden) und (ihren) Glauben an ein für Deutschland günstiges Kriegsende zu untergraben versucht" habe (!). Außerdem sei er „obendrein nach den Aussagen von Hubalek und Eder (seiner Denunzianten) noch (ein) wenig arbeitswilliger Arbeiter" gewesen.

Als früheres Mitglied einer sozialdemokratischen Jugendorganisation und Transportarbeiter blieb es nicht aus, daß er seine Meinung deutlich äußerte. Nach der Kriegswende bei Stalingrad und dem Kursker Bogen, nach Landung der Alliierten in Marokko und Süditalien machte er aus seiner Auffassung keinen Hehl, daß „das Radio ... nicht die Wahrheit" sage, das „deutsche Volk will, daß der Führer zurücktritt," „Hermann Göring .. schon verschwunden" sei, „Amerika und England ... Sieger" bleiben, die Russen „bald in Deutschland" sind, er selbst „nicht nach Deutschland gekommen (sei), um zu arbeiten." Der Sozialdemokrat und Arbeitersportler Homme Hoekstra mochte sich Zwang und Erniedrigung offenbar nicht schweigend unterwerfen. Sein Verhalten sei „in besonderem Maße geeignet, weitreichende Folgen für die deutsche Wehrwirtschaft nach sich zu ziehen," so die Urteilsbegründung. Als Arbeitssklave unterschieben sie ihm eine „besondere Verpflichtung, ... strengste Loyalität zu wahren." (!)

Am 4. Januar 44 wird er festgenommen, nach Moabit gebracht, die Anklage ergeht am 11. April. Das Gnadengesuch wird abgelehnt, er erfährt es erst bei der Vollstreckung des Urteils. Am 26. Juni 1944 fällt sein Kopf, „für immer ehrlos" erklärt, im Zuchthaus Brandenburg-Görden unter dem Fallbeil. Er hat „kein Blatt vor den Mund genommen," schrieb uns Aard Pontier von der „Vereinigung niederländischer ex-Zwangsarbeiter des 2. Weltkriegs".

Wirklich so unvorsichtig?

Hoekstras Witwe Hendrikje (84) hingegen hält es für „nicht sehr wahrscheinlich," daß Homme in Bremen so „unvorsichtig" war, antideutsche Bemerkungen zu machen. Aufgrund seiner Briefe aus dem Gefängnis ist sie sich sicher, daß er wohl eher wegen zu schlechter Arbeitsleistungen ins Gefängnis kam. Dort habe er die verhängnisvollen Äußerungen getan. Noch im August 1943 konnte er mit Erlaubnisschein bei der Geburt ihrer zweiten Tochter dabei sein. Da hatten sie erwogen, er solle untertauchen. Er verschiebt den Plan aber, um einem Kollegen Gelegenheit zu geben, seine eigene hochschwangere Frau zu sehen. Außerdem hat Homme Angst vor Repressalien gegen seine Familie.

Er selbst teilt ihr seinen bevorstehenden Tod mit, diese Mitteilung erhält sie aber erst weit nach seiner Hinrichtung. Ihre letzten Briefe erreichen ihn nie. Hendrikje Hoekstra bewahrt die Briefe ihres ermordeten Mannes in einer Schachtel auf, auf ihrem Nachttisch steht sein Porträt. Nach der Hinrichtung wird er eingeäschert, die Urne der Charité übergeben. Ein Dokument teilt Hendrikje Hoekstra mit, es sei leider nicht möglich, die sterblichen Überreste ihres Mannes in Leeuwarden beizusetzen, von der Urne sei keine Spur mehr zu finden. Sie löst sich am 3. Februar 1945 aufgrund einer Bombe spurlos ins Nichts auf.

Homme Hoekstra war begeisterter Schlittschuläufer. Seine Auszeichnungen der friesischen Elf-Städte-Wettbewerbe über eine Distanz von 200 km werden als kostbare Kleinoden gehütet, seine jüngste Tochter Grietje (53) verwahrt die Schlittschuhe. Wie ihre Schwester Dirkje (56) ist sie Kindergärtnerin. Auch mit ihnen hat Hendrikje Hoekstra über Homme lange Zeit nicht sprechen können. Wie ein dunkler Schatten liegt der Justizmord ständig über ihnen.

Raimund

Zum Gedenken an die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik vom 4.2.1919

Gedenkveranstaltung am 2. Februar 1997 um 11 Uhr auf dem Waller Friedhof - Treffpunkt am Haupteingang

Es sprechen:

Kurt Müller (Betriebsrat Bremer Tageszeitungen)

Mathias Hirscher (GesamtschülerVertretung)

Willy Hundertmark (VVN/BdA)

Im Anschluß an die Gedenkveranstaltung können im Westend Fragen diskutiert werden.

Es laden ein:

AG Junger GenossInnen in der PDS, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bremer Jugendring, Bund deutscher PfadfinderInnen, DGB-Jugend Bremen, DGB-Kreis Bremen, DKP Bremen, GesamtschülerInnen-Vertretung, Jungsozialisten in der SPD Bremen, Naturfreundejugend Deutschlands, PDS Bremen, SPD Landesverband Bremen, Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken, SDAJ Bremen, VVN-Bund der Antifaschisten Bremen

---

Zur Deutsch-Tschechischen Regierungserklärung

Eigentlich (zu)wenig beachtet von der Öffentlichkeit unseres Landes haben nun endlich – rund fünf Jahrzehnte nach Kriegsende – der deutsche und der tschechische Außenminister eine Erklärung unterzeichnet, die im Kern besagt: Begangenes Unrecht gehört der Vergangenheit an. Die Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland sollen damit nicht weiter belastet werden, sondern auf die Zukunft gerichtet sein.

In einer gemeinsamen Erklärung unserer VVN/BdA mit den beiden antifaschistischen Organisationen der neuen Bundesländer IVVdN und BdA heißt es dazu:

"Wir begrüßen, daß es endlich zu einer deutsch-tschechischen Regierungserklärung gekommen ist. Die Erklärung stellt historisch klar, wie es zur Zerschlagung der ehemaligen Tschechoslowakei kam. Die Westmächte haben im Münchener Abkommen von 1938 dem Druck Hitlers nachgegeben und das Land preisgegeben. In der Folge wurden Bürgerinnen und Bürger des Landes diskriminiert, verfolgt und zur Zwangsarbeit verschleppt. Die Gestapo wütete, tschechische und slowakische Staatsbürger kamen in KZ-Lager oder wurden durch Nazigerichte abgeurteilt. Juden wurden entrechtet, deportiert und ermordet.

Auch das Verbrechen von Lidice bleibt eine brennende Narbe in der deutsch-tschechischen Geschichte."

Zu Recht wird dann hervorgehoben, daß die deutschen Antifaschisten und ihre Verbände in der ehemaligen DDR und in der BRD seit ihrer Gründung für die Verständigung zwischen den Völkern der beiden Staaten eingetreten sind. In Bremen waren und sind es vor allem die Landesorganisation der VVN/BdA, die 1979 ins Leben gerufene Lidice-Initiative und das später geschaffene Lidice-Haus, die sich in außerordentlicher Weise diesem Ziel verschrieben haben und mit dem Austausch von Delegationen, gemeinsamen Seminaren und Jugendbegegnungen aktiv dafür eintraten.

Ganz im Gegensatz dazu entwickelten die Spitzen der Sudetendeutschen Landsmannschaften, der CDU/CSU und andere erzreaktionäre Kräfte eine feindliche Politik gegenüber der ehemaligen CSSR, und heute tönen Waigel, Stoiber, Huber und Landsmannschaften-Chef Neubauer: Die Erklärung kann nicht das letzte Wort sein, sie bedarf der Revision, und man muß durch Zusatzabkommen den Forderungen der Sudetendeutschen mehr entgegenkommen. Das ist Revanchismus pur und hat mit Aussöhnung nicht das Geringste zu tun.

Und auch die Tatsache, daß in der deutsch-tschechischen Regierungserklärung den Forderungen der tschechischen NS-Opfer nach individueller Entschädigung nicht Rechnung getragen wurde, widerspricht der Absicht auf Versöhnung.

Ich halte es schließlich auch für falsch und revanchistischer Politik Vorschub leistend, wenn in der Erklärung die Verbrechen des faschistischen Deutschland an der tschechischen Bevölkerung und ihrem Staatswesen de facto gleichgesetzt werden mit dem, was im Zuge der Politik der Alliierten und dem damaligen tschechischen Regime mit den Sudetendeutschen geschah. Niemals wäre es zu einer zwangsweisen Aussiedlung aus der Tschechoslowakischen Republik gekommen, hätte nicht das faschistische Deutschland dieses Land überfallen.

So bleibt auch angesichts dieser Erklärung die Aufgabe, alles zu tun, damit echte Verständigung zwischen den Völkern, Antifaschismus und Friedensarbeit über Revanchismus und Großmachtansprüche reaktionärer Kräfte in Politik und Wirtschaft erfolgreich bleiben.

Herbert Breidbach

Deutsche Soldaten sind keine Mörder!



Foto: Deutsche Soldaten bei der Befriedung von Rußland, 1943

Das Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder" soll zukünftig weder vor Kasernen noch in Anwesenheit von Bundeswehrsoldaten geäußert werden dürfen. Das sieht ein neues Gesetz vor, das nichts weiter ist als ein Maulkorberlaß, der aber zum militarisierenden Kurs der Bundesregierung paßt, die die Bundeswehr zunehmend als Mittel der Außenpolitik (und bald vielleicht auch der Innenpolitik?) betrachtet und sie deshalb nicht verunglimpft sehen möchte. Das vorgesehene Gesetz ist eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und zudem völlig überflüssig, da Beleidigungen bereits durch bestehende Gesetze geahndet werden können. Im übrigen sehe ich die Aufregung über Zitate wie das von Kurt Tucholsky stets unter dem Motto „wem der Schuh paßt, der ziehe ihn sich an." Und wenn zukünftig vor Kasernen Soldaten nicht mehr als Mörder bezeichnet werden dürfen, darf dort ja vielleicht noch festgestellt werden: Soldaten sind keine Mörder, Kasernen sind keine Verbrecherschulen, Helmut Kohl ist nicht dick und die Erde ist eine Scheibe.

Joachim Fischer

Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben

Die Naturfreundejugend Deutschlands im Lande Bremen zeigt in der Zeit vom 22.-28. Februar 1997 in ihrem Haus in der Buchtstr. 14/15 die Ausstellung „wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben" über die Jugend-KZ in Moringen und Uckermark.

Für eine Begleitveranstaltung zu dieser Ausstellung werden ehemalige Häftlinge oder deren Angehörige gesucht, die bereit wären, mit Jugendlichen über die Erfahrungen in den KZ's zu sprechen. Wer Interesse an einer Beteiligung an diesem Ausstellungsprojekt hat, melde sich bitte unter der Telefonnummer 32 60 22 bei der Naturfreundejugend. Vielen Dank im Voraus.

Am Mittwoch, den 22. Februar 1997, spricht der Zeitzeuge Günter Discher aus Hamburg voraussichtlich um 19.30 Uhr im Kultursaal der Angestelltenkammer.

Feigenblatt-Antifaschismus: Flucht in die Geschichte

Im letzten BAF veröffentlichten wir einen Teil des Aufsatzes „Ist Antifaschismus immer Antifaschismus?" von Balázs Németh aus der Zeitschrift Kritisches Christentum Nr. 201 Okt. 1996 (Name von Autor und Zeitschrift wurden im Januar-BAF versehentlich entstellt wiedergegeben). Hier erfolgt nun anhand einiger Beispiele ein weiterer Auszug aus diesem Aufsatz.

„Die Flucht in die Geschichte, selbst aus betont antifaschistischer Haltung, kann nicht als echter Antifaschismus bezeichnet werden, wenn mit ihr gleichzeitig eine betonte Personalisierung der Geschichte einhergeht ... Die Dämonisierung sowohl Hitlers als auch die des Faschismus läuft Gefahr, die Geschichte von der Realität loszulösen, die Hölle mit ins Spiel zu bringen, ihr eine schicksalhafte Unabwendbarkeit beizumessen ... Ohne jegliche gesellschaftspolitische Analyse ist die Dämonisierung Hitlers, die abschreckend wirken soll, kontraproduktiv, weil sie das eigene Gewissen und Verantwortungsbewußtsein entlastet. Denn jede Personalisierung blendet die Frage nach den Strukturen aus und gibt dem einzelnen das Schlupfloch frei, sich der Verantwortung zu entziehen.

Feigenblatt-Antifaschismus hat viele Gesichter. Dazu gehört sicherlich auch die Gleichsetzung von Hitler mit Stalin, wodurch der Rassismus und die systematisch auf Menschenvernichtung zielende NS-Politik relativiert wird ... Nach der Wende im Osten diente das Reden in einem Atemzug über NS-Zeit und Sozialismus dazu, die Restauration von vorgestern unauffälliger schmackhaft machen zu können ...

Mit der Globalisierung des Kapitals und des Marktes geht die Atomisierung der Menschen Hand in Hand, so daß sie den Überblick über die Gesamtzusammenhänge total verloren haben. Aber sie sollen die großen Zusammenhänge auch nicht erkennen, sonst könnten sie sich gegen den Zugriff des globalisierten Kapitals wehren ... So eine Zerstückelungsphilosophie ermöglicht, daß man die Zusammenhänge zwischen neoliberaler Wirtschaftsordnung auf der einen Seite sowie steigender Arbeitslosigkeit und Zunahme der Kriminalität, Gewalt und Zerstörung der Umwelt auf der anderen Seite nicht entdecken kann oder will – bzw. zwischen den heiligen Kühen „Privatisierung", „Markt", „weniger Staat" auf der einen und den rapid schlechter werdenden Verhältnissen in fast allen Ländern der Welt auf der anderen Seite.

Diese Zersplitterungsphilosophie schafft heute freie Bahn für viele moderne Formen einer faschistoiden Denkweise und einen Rassismus der alten Schule, indem man z.B. das biologische Rassedenken propagiert, ohne seine blutigen Konsequenzen in den Dreißiger- und Vierzigerjahren zu bedenken, oder das große Gefälle zwischen Nord und Süd in der Welt total getrennt von der früheren Über- und Untermensch-Ideologie betrachtet. Man kann aber über diese Probleme nicht getrennt von den Folgen der NS-Zeit denken und reden.

Die Antifaschisten der Dreißigerjahre haben diese Zusammenhänge und die gesellschaftlichen Erscheinungen nicht nur auf der Oberfläche betrachtet, sondern sie schaufelten die Erdschichten bis zu den Wurzeln frei und zeigten die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik bzw. Ideologie auf ... Allerdings ging ihre Stimme damals unter. Woran der Antifaschismus der Dreißigerjahre gescheitert ist, das war u.a. der Keil der Entsolidarisierung, der damals zwischen die antifaschistischen Kräfte getrieben wurde. Entsolidarisierung ist auch heute ein probates Mittel, wie man gemeinsame Aktionen sprengen kann ..."

Deutsche Gerichtsbarkeit

Am 18. Januar dieses Jahres brannte ein Flüchtlingsheim in Lübeck. Dabei starben 10 Menschen, 38 wurden verletzt. Zunächst wurde gegen 4 Grevesmühlener Jugendliche ermittelt, die z. T. schon vorher wegen neofaschistischer Aktivitäten aufgefallen waren. Diese Ermittlungen wurden verdächtig schnell eingestellt und ein neuer Tatverdächtiger präsentiert: Safwan Eid, Bewohner des Brandhauses. Der Verdacht beruht auf einer Zeugenaussage des Rettungssanitäters Jens L. Dieser will von Safwan Eid gehört haben: „Wir warn's". Zwar verstrickte sich Jens L. und sein Freund Matthias H., der als erster von dem angeblichen Geständnis erfuhr, immer wieder in Widersprüche, doch die Staatsanwaltschaft hält an ihrer Anklage fest. Seit September wird der Prozeß vor dem Lübecker Landgericht ausgetragen. Beim Prozeß geht es nicht mehr um den Beweis der Schuld Safwan E.'s, sondern die Verteidigung sieht sich in der Position, die Unschuld Safwans E. zu beweisen. Eine Umkehrung bürgerlicher Gerichtsbarkeit. Die Medien werden nicht müde mit der Staatsanwaltschaft zusammen „Tatmotive" zu erfinden. Es ist von Streitigkeiten unter den Hausbewohnern die Rede. (Bisher sprachen aber alle Hausbewohner von normalen Verhältnissen: da gab es manchmal Streit zwischen oder mit den Kindern.) Die Selbstanzündlichkeit von Nichtdeutschen ist mehr als verdächtig! Es geht nicht um Schuld oder Unschuld, sondern um ein Alibi für die Deutschen und Deutschland gegen Flüchtlinge und den Rest der Welt. Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit wird eine prinzipiell andersartige Moral unterstellt. Oder würde ‚man' Deutschen, wie es bei Safwan getan wird, zutrauen, ein Haus anzuzünden, sich danach im Dachgeschoß schlafen zu legen, um von einer Nachbarin geweckt zu werden. Danach half Safwan E. ihr und ihren 3 Kindern aus dem Haus auf das Dach zu gelangen und stieg als letzter vom Dach. Das wäre verrückt! Dafür wird als Tatindiz hervorgebracht, daß Safwan sich am Morgen nach dem Brand umzog und duschte. Die Ermittlungen und der Prozeß werden von einer antifaschistischen Öffentlichkeit beobachtet. Die Internationale Unabhängige Kommission sitzt an jedem Prozeßtag mit im Gericht. In Bremen beschäftigen sich „GewerkschafterInnen gegen Rassismus" mit dem Fall[1]. Lübeck ist nichts qualitativ Neues, Besonderes ist für die Medien nur die Zahl der Toten. In Karlsruhe starben in der Nacht zum 15. Oktober 3 türkische StaatsbürgerInnen bei einem Brandanschlag. Die Medien hielten es kaum für nötig darüber zu berichten.

Dagmar

[1] Treffen: jeden 2. Dienstag, 17 Uhr, DGB-Haus

„Wir sind alte Menschen, die noch Aufgaben zu bewältigen haben"

Marie-Louise Häreel berichtete am 30.11.96 in der Bützower Zeitung von der Landesdelegiertenkonferenz der IVVdN Mecklenburg-Vorpommern. Der alte und neue Landesvorsitzende Erich Arndt schilderte vor den Delegierten, daß noch viel bewegt, zahlreiche Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Naziterrors, Gedenkstätten- und Denkmalspflege erweitert und „kameradschaftliche Beziehungen zum Landesverband Bremen und nach Dänemark aufgebaut" werden. Insgesamt habe „das Interesse an der Geschichte des antifaschistischen Kampfes besonders nach dem 50. Jahrestag der Befreiung zugenommen," wie gestiegene Besucherzahlen in den KZ-Gedenkstätten bewiesen, führte der IVVdN-Bundesvorsitzende Fred Dellheim aus. Das Zusammengehen mit der Vereinigung aus den alten Bundesländern ist vorgesehen. Zum Gedenken an die Antifaschisten vieler Länder wurde am Denkmal für die Opfer des Faschismus in Bützow ein Blumengebinde niedergelegt.

RG

Bund für Gotterkenntnis (BfG) – Ludendorffer e.V.

Hervorgegangen ist der BfG aus dem Tannenbergbund, benannt nach der Schlacht am Tannenberg August 1914, die General Erich Ludendorff als Chef des Generalstabes im Osten angeführt hat. 1925 wurde dieser Tannenbergbund als Dachverband der Wehr- und Jugendbünde von Ludendorff innerhalb der deutschgläubigen Bewegung gegründet. („Der deutsche, nicht christliche Weg zum Verständnis des Göttlichen.") Seit der Heirat 1926 arbeitete seine Frau Mathilde, geb. Spieß, verw. von Kemnitz, eine stark okkultistisch geprägten Nervenärztin, federführend mit. Seit dem Ersten Weltkrieg schrieb sie „seherische" Machwerke wie z.B. 1921 „Triumph des Unsterblichkeitswillens" . Beide lernten sich 1923 kennen und kamen rein zufällig (das haben beide wirklich behauptet) an der Münchner Feldherrnhalle zum Zeitpunkt des Hitlerputsches vorbei. Durch die Ver[illegible]ung Hitlers mutierte Erich Ludendorff zum Idol der völkischen Bewegung. Für die Familie Ludendorff war in ihrem Arierwahn das gesamte Christentum jüdisch gesteuert und somit zu vernichten oder zumindest zu schwächen. Außerdem gab es noch eine „Front", an der gekämpft werden mußte: Die Freimaurerei. Erich Ludendorff scheint allerdings anfangs selber Freimaurer gewesen zu sein, denn im Mai '23 hielt er eine Rede in einer Logengaststätte. („Das Vaterland fordert von der nationalen Freimaurerei harte Charaktere und Tatmenschen zu erziehen.") 1927 sieht er es in der Schrift „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse" schon ganz anders und 1928 noch drastischer. („Befreiung des Volkes von der Verbrecherpest der Freimaurerei gefordert".) Auch hier sieht er die Verbin[illegible]g zum Judentum.

Während der Nazidiktatur ließ der Einfluß nach. Der Tannenbergbund, der in den 30er Jahren etwa 50.000 Anhänger hatte, wurde 1933 verboten und die Ludendorffs zeitweise ins Abseits geschoben, da sie Hitler für einen „Legalisten" hielten. Hitler suchte die Macht über den Weg von Wahlen. Nach der Versöhnung mit Hitler 1937 entstand der Verein Deutsche Gotterkenntnis. Erich L.. starb noch im gleichen Jahr im Alter von 72. Sie hatte während der ganzen Zeit ungehindert weiter publizieren dürfen und veröffentlichte bis 1945 zahlreiche Bücher. 1945 wird der Verein „wegen außerordentlicher Begünstigung des Nazismus" verboten und 1951 als BfG reorganisiert. Erst 1952 erhielt sie nach der Einstufung als Aktivistin durch die Entnazifizierungs-Spruchkammer ein siebenjähriges Schreibverbot. 1966 verstarb sie 89-jährig. 1955 wurde die „Hochschule für Gotterkenntnis" gegründet. Weitere Institutionen und Organisationen sind u.a. „Tagungsstätte Tutzingen" und „Arbeitskreis für Lebenskunde e.V."

1961 wurde der BfG und der Verlag „Hohe Warte" wegen Verfassungswidrigkeit durch die Innenminister der Länder erneut verboten. 1977 wird das Urteil vom bayrische Verwaltungsgericht aufgrund von Verfahrensfehlern wieder aufgehoben.

Der BfG hat in Deutschland laut Bernd Wagner 100 Mitglieder, wenn es nach dem Verfassungsschutzbericht von 1995 aus Hamburg geht sind es 240, nach eigenen Aussagen jedoch 12.000 Mitglieder, die von Gunther Duda als Vorsitzenden angeführt werden. Ihr Zentrum haben sie in Loxten-Versmold bei Münster. Des weiteren betreiben sie das Ferienheim Schönhagen e.V. bei Kiel und versuchen ein weiteres Schulungs- und Ferienheim in Bargstedt-Holtdorf bei Neumünster einzurichten. Die ehemalige Schule gehört Horst Kistner, einem weiteren Aktivisten. Neben Dr. Gundolf Fuchs, der sich offen in einer Diskussion zur Rassenlehre bekannt hat, gehören noch Gerhard Bracke, ein ehemaliger Studiendirektor an dem Wilhelm-Gymnasium in Braunschweig, Lothar Grünkorn, 1970 Mitbegründer der „Weltanschauungsgemeinschaft Mathilde Ludendorff e.V." zu den Hauptpersonen. Zum Umfeld gehören Thule-Seminar-Verleger Rolf Bohlinger und der Bremer Walter Soyka (siehe auch Artikel von Thomas: „Faksimile-Verlag und Versand" BAF 12'96) „Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit" (Anti-AKW-Szene). Beide stehen dem „Institut für biologische Sicherheit" vor. Als Sympathisanten gelten u.a. die Familie Fritz Castagne (Kieler Liste für Ausländerbegrenzung), Nazianwalt Jürgen Rieger, Naziterrorist Manfred Roeder oder auch „Öko"-Bauer Baldur Springmann. In der DVU-Presse kommt der BfG gut an, es wird fleißig geworben.

Die Publikation des BfG nennt sich seit der Urteilsrücknahme „Mensch und Maß". („Das Asylantentum stellt sich als internationales Sozialparasitentum dar." MuM 11/86.) In den 20er Jahren war die „Deutsche Wochenschau" das Sprachrohr. Ab 1929 gab es die „Ludendorffs Volkswarte", die 1933 verboten wurde, danach wurde in „Der Quell" oder „Das Füllhorn" veröffentlicht. Von 1957 bis 1961, also dem Verbot des BfG, lautete der Name „Volkswarte". Der in Pähl bei Weilheim in Oberbayern ansässige Verlag „Hohe Warte", der von Franz Freiherr Karg von Bebenburg, dem Schwiegersohn der Ludendorffs, geführt wird, bringt alle zwei Monate „Mensch und Maß" heraus. Dort wird eindeutig gesagt, daß es in Auschwitz keine Gaskammern gab („Leuchter-Report"). Laut bayerischem Verfassungsschutzbericht 1991 liegt die Auflage bei ca. 2.000. Gute Beziehungen hat der BfG zum „Versandbuchhandel Gisela Stiller" (Vorstandsmitglied im BfG) aus Stafstedt bei Neumünster. Darüber werden die Schriften des BfG vertrieben. Auch der „Lühe Verlag" kann sich bester Kontakte rühmen.

Der BfG hat in der Nähe von Hude bei Oldenburg die Ahnenstätte Hilligenloh („Ludendorff Gedenkstätte e.V."), auf der auch die mittlerweile verrotteten Gebeine von Mathilde Ludendorff lagern. Die Stätte soll ein wahrer Augenschmaus sein und nichts von einem Friedhof haben. Auch Nicht-Ludendorffer dürfen sich dort einbuddeln lassen. Nur völkisch orientiert müssen diese schon sein, da sie sonst nicht von Wotan empfangen werden.

Gerold (AG Neofaschismus)

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ______________________

Straße ______________________

PLZ, Ort ______________________

Telefon ______________________

Geburtsdatum, Ort ______________________

Beruf ______________________

Bremen, den ______________________

Unterschrift ______________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Und wie weiter?

Am 14. und 15. Dezember letzten Jahres trafen sich in Kassel größere Gruppen aus VVN-BdA (West) und IVVdN und BdA (Ost) zu ihrer mittlerweile dritten „Diskussionskonferenz". Es ging um eine „Einschätzung der politischen Lage" und die Frage „was heute Neonazismus ist". Die Heftigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzungen (siehe die gemeinsame Beilage von „Antifa-Rundschau" und „Antifa") ist mir im nachhinein nur dadurch erklärlich, daß die Unterschiede im Selbstverständnis hier einmal ungebremst aufeinanderklatschten. Mittlerweile denke ich, daß neben mangelnder Vorbereitung vor allem die unverbundenen Gegensätze, von denen die Ost-Verbände geprägt sind, für die unbefriedigende Diskussion verantwortlich gewesen sind.

Die Konferenz verlief nun so, daß einer aus dem Westen – nämlich ich – die typischen VVN-Positionen, die sich in langen Jahren entwickelt haben, vorstellte. Die Ost-Theoretiker präsentierten übergangslos ihre „rein wissenschaftlichen Analysen", woraufhin die Ost-Praktiker erklärten, dies alles habe mit ihrer Arbeit vor Ort überhaupt nichts zu tun. Konsequenterweise beteiligten sie sich auch nicht an der Diskussion. „R.o.t.k.ä.p.c.h.e.n.", der starke Jugend-Verband des BdA, verbarrikadierte sich gegen Theoretiker und Alt-Praktiker hinter einem Wall aus Polemik und „reiner" Aktionsorientierung. Die Westler endlich redeten den Ost-Theoretikern allesamt dauernd drein, was denen nicht gefiel.

Die Trennungen „Unten und Oben", „Praktiker und Theoretiker", „Jung und Alt" sind nicht besonders nützlich, wenn man erfolgreiche antifaschistische Politik betreiben will. Eigentlich weiß das auch jeder, wie sich in vielen Einzelgesprächen gezeigt hat.

Überhaupt: Die Möglichkeit, persönliche Kontakte aufzunehmen, war sicher das beste an der Kasseler Konferenz. Haufen scheinbar banaler Probleme wie: „Ach, du hast eine neue Telefonnummer?", konnten aus dem Weg geräumt werden.

Thomas

Diese Ausstellung gehört ins Rathaus

aus der Rede von Dr. Hermann Kuhn, MdBB in der Aktuellen Stunde am 13.11.96 zur Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944"

„ ... Auschwitz und die anderen Lager sind aber nur ein Endpunkt einer Entwicklung, Endpunkt einer langen Geschichte von Erniedrigung, von Demütigung, Ausgrenzung und Enteignung der europäischen Juden. Vor Auschwitz liegt der Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten ...

Die Ausstellung, die die CDU nicht im Rathaus haben will, zeigt mit einer bedrückenden Vielzahl von Dokumenten, Berichten, Briefen, Bildern – übrigens die meisten Bilder sind von Soldaten selbst geschossen -, daß die Wehrmacht entgegen der Legende zutiefst verstrickt war in den Mord an Juden, in die Plünderung der besetzten Gebiete, in die Verbrechen an der Zivilbevölkerung und auch darin, daß Millionen sowjetischer Kriegsgefangener elend zugrunde gingen ...

Die CDU sagt, „einige Bilder seien vermutlich gefälscht." Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf, der überhaupt nicht belegt ist ... Die CDU sagt, die Ausstellung sei einseitig ... Die CDU behauptet, die Ausstellung stelle alle Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher hin. Es ist nicht wahr, daß die Ausstellung das tut! ... Aber die Ausstellung wirft in der Tat die bohrende Frage nach eigenem Wissen und Mitwissen auf, was die Männer, was die Brüder, was die Väter damals getan und gewußt haben ...

Es gibt in Bremen für eine solche Ausstellung nur einen Ort und das ist das Rathaus ... Dazu gehört die Pflicht zur Wahrhaftigkeit, auch wenn es weh tut. ... Herr Bürgermeister Nölle, Herr Bürgermeister Scherf, bewahren Sie den guten Ruf Bremens, die gute Tradition einer liberalen und geschichtsbewußten Stadt ..."

Sendungsbewußtsein

Nicht blühende Landschaften forderten vor 100 Jahren die Propagandisten eines nach „Freiheit" und „Gleichberechtigung" rufenden Deutschtums, sondern die Erringung „herrlicher Zeiten." Die Unterwerfung ganzer Völker unter die Interessen von Großbanken und Trusts ging einher mit der Entwicklung eines Sendungsbewußtseins auf der Grundlage des Rechts des Stärkeren.

Der Austausch des vormals britischen Helgoland gegen das deutsche „Schutzgebiet" Sansibar führte 1894 zur Gründung des Alldeutschen Verbandes, der die deutsche Weltmachtstellung auf Kolonien und Rüstungsstärke gründen wollte. ... sellschaftliche Bedeutung erhielten die Alldeutschen dadurch, daß zu ihnen Industrielle, Großkaufleute, Professoren und Schriftsteller gehörten.

In seiner Schrift „die Weltausstellung des Deutschtums" schrieb der Alldeutsche Fritz Bley 1897:

"Wie im Walde auf morschen Pflanzenresten der junge Nachwuchs emporschießt dem Lichte zu, das die Kronen der stärkeren Nachbarn ihm frei lassen, so gründen die Herrenvölker der Erde ihre Reiche auf dem von minderwertigen Arten ihnen bereiteten Boden...

Ist es nicht endlich genug der höllischen Schmach, der völkischen Selbsterniedrigung, der Schändung deutschen Geistes durch Frankreich, Rom, England, Slawen und Hunnen, der Preisgabe deutschen Gebietes? ...

Herrgott, gib uns auch auf geistigem Gebiete eine allgemeine Wehrpflicht, damit wir wieder der lebendigen Gegenwart uns freuen!"

Die Folgen nachhaltiger Beeinflussung des Denkens führender Kreise wie der breiten Masse der Bevölkerung sind bekannt: Der Weg führte zum ersten Weltkrieg und nach nur kurzer Unterbrechung zum „Dritten Reich".

Raimund

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e. V.
(Wir sind gemeinnützig und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt)

Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

Montag	16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag	15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit
Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen von Gruppen für alternative Stadtrundgänge im Büro oder direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,
jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt unsere Auffassung wieder.

Redaktionsschluß: am 10. des Monats
V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im Februar 1997

Johanna Elmers	17.2., 79 J.
Waltraut Metz	23.2., 71 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand